

Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Zeitung für Stadt u.

Kreis Merseburg



Amtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 68.

Donnerstag, den 21 März 1918

158. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen

Seite 4 und 6 betz:

1. Prüfung von Fleischbeschauern.
2. Geldlotterie.
3. Gemeinbewahnen.
4. Ausschreibung für den Amtsbezirk Dürrenberg.
5. Einkommen- und Erbschaftsteuer-Zu- und Abgangslisten.
6. Annahme von Kriegsanleihe an Zahlungskass.

Tageschronik

Landesveräntliche Denkschrift des Fürsten Lichnowsky.
Die feige Haltung Hollands verlangt deutsche Gegenmaßnahmen.
Die Gärung in Russland treibt neue Pläne
Die Verberung in Paris durch die Explosion in Cournewoe eine deutsche Fliegererichtung?
19 000 To. U-Bootsstrecke.
Italien räumt Albanien.

Der Fall Lichnowsky.

Wiederum stehen wir einem „Fall“ gegenüber, der typisch deutsch ist, wenigstens soweit dies Deutschland den Amtsstempel Bethmann Hollweg trägt. Einer der höchsten Staatsbeamten, dem höchsten Adelsstande entstammend, ein schwerer Mann und mangels Charakters durch eben diesen Reichstum und mit Hilfe seiner englischen Gattin zum Superadmiralen und Kosmopolitiker vertrieben, ist durch den unfähigsten aller Kanzler auf den bedeutungsvollen Londoner Vorkriegsartikel aus zwei Gründen entlarvt: einmal weil seine Frau Engländerin ist (Graf Bernstorff als Gatte einer Amerikanerin schien aus ähnlichen Gründe besonders geeignet für Washington) und weil er dadurch als ehrgeiziger Reichszugewandter vorläufig ausgeschaltet war. Auf diese Weise machten wir uns selbst blind an denjenigen Stellen, wo uns helfende Augen und kluge Sinne am notwendigsten gewesen wären.

Und nun wagt es dieser Ex-Botschafter, Fürst Lichnowsky, in einer in Briefform gelaufenen Denkschrift, die — angeblich ohne sein Wissen — vertraulich an eine Anzahl deutscher Adressen verschickt ist, nachdem er im feindlichen Ausland bereits reichliche Verbreitung gefunden hatte, die Behauptung zu vertreten, daß der Krieg durch die Schuld der deutschen Diplomatie verurteilt worden sei, und trägt auch sonst Anschauungen vor, die zu schärfstem Widerspruch herausfordern.

Der edle Fürst sieht das Unglück unserer auswärtigen Politik, schließlich sogar auch die eigentliche Ursache des Weltkrieges in dem deutsch-österreichischen Bündnis. Den Krieg verurteilt er als die mittelalteruropäische Idee des Berliner Auswärtigen Amtes und der von uns inszenierten Kampf um Berlin-Vagdad. Der Fürst belegt diese Anschauungen u. a. mit folgenden Behauptungen: Die englischen Minister Grey und Asquith, die in den entscheidenden Ausmittagen 1914 die englische Politik leiteten, sind nach Fürst Lichnowsky Ehrenmänner vom Scheitelfels zur Sohle, die nie an den Ausbruch eines Krieges geglaubt haben, geschweige denn ihn vorbereiteten. Grey sei einer der harmlosesten Menschen der Welt (11). Der ehemalige Londoner Premierminister Asquith sei ein Gentleman, der Grey in nichts nachsteht. Als Lichnowsky im August 1914 abgerufen wurde und damit der Krieg zwischen Deutschland und England unvermeidlich war, ist, wie der Fürst erzählt, Asquith selbst mit ihm zum Londoner Bahnhof gefahren, und beim Abschied sind Asquith die beiden Tränen die Wangen hinuntergeflohen. Zum Schluß schildert Lichnowsky, wie vertrauensvoll man ihm immer in England entgegengekommen sei; er sei loy von der englischen Königin

zum Diner, vom König zur Fuchsjagd usw. eingeladen worden (11).

Auch seine De-Österreich-Feindschaft belegt Fürst Lichnowsky mit einer Angabe. Als er von London abgefahren sei, habe ihm der österreichische Botschafter Graf Mensdorff Schabentzoff versichert, er bleibe noch da. Später habe er Fürst Lichnowsky auf der Fahrt von London nach Dover im Zuge gehört, Mensdorff habe früher erklärt, das ganze politische Abenteuer Österreichs sei von Berlin bestellte Arbeit gewesen. Der österreichische Botschafter habe sich also nicht geniert, selbst in diesen gewitterartigen öffentlichen Gagen das nachlässigste Deutschland zu hegen.

Wenn man die nicht ungläubwürdigen tatsächlichen Angaben über den österreichischen Botschafter ausschaltet, enthalten diese Ausführungen einen solchen Grad von durch westlichen Einfluß gesteigerter englischer Gehirnverflechtung, daß damit eine ausreichende Erklärung für die verbrecherische Entgleisung erklärt werden kann.

Damit kann aber die unbegreifliche Milde und Nachsicht in der Beurteilung des Falles Lichnowsky in keiner Weise gerechtfertigt werden, mit der die Organe der Reichsregierung gestern im Hauptausdruck den — gleichviel, ob beachtlichsten oder schlaflosen — qualifizierten Vaterlandsverrat dieses gefährdeten Trotzels zu entschuldigen und die Absicht der Unterlassung einer Strafverfolgung zu rechtfertigen suchten. Sollte diese negative Absicht aufrecht erhalten werden, so würde sich die öffentliche Meinung in ganz Deutschland wie ein Mann aufschneiden müssen. Soll es wirklich bei uns heißen, die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen? Haben die gefährdeten Haupter, die für alle das Staatsinteresse berührenden Umstände einen gefährdeten Intellekt besitzen und daher für jedes Delikt dagegen vielfach verantwortlich sind, ein Privileg auf „Nervenserrüttung“, wenn sie sich schwer vergangen haben? Wer das zu vertreten unternimmt, der züchtigt bei uns bewußt den Volksweltismus, und gegen jeden Versuch hierzu müssen wir auf das härteste Widerpruch erheben. Fürst Lichnowsky gehört wegen Landesverrats vor das Reichsgericht und, wenn seine Schuld in erforderlicher Schwere erwiesen werden sollte, vor den Sandstrafen, wie jeder Vaterlandsverräter. Ja, die Gemeinheit eines fürstlichen Verräters ist unendlich viel größer als die irgend eines Schänders, der aus Not gehandelt hat. Mag man dem ehlen Fürsten seine hochachtbare Eitelkeit und seine feminine englische Krankheit getrost als mildernde Umstände anrechnen, es bleibt noch mehr als genug, um sein Verbrechen zu einem solchen schwerer Art zu steigern!

Zur Friedensfrage.

Kein weicher Friede!

Aus Kiel wird gemeldet: Auf das Begrüßungstelegramm des hier tagenden schleswig-holsteinischen Provinziallandtages ist folgende Antwort des Kaisers eingegangen:

Dem schleswig-holsteinischen Provinziallandtag sage ich von Herzen Dank für seinen Huldigungsgruß, aus dem ich mit Freuden seine Zuerkennung und das Gelübnis der Provinz zum festen Anhalten entnehmen. In der deutschen Schwere hat sich als bester Schutz erwiesen und wird es bleiben in dem kommenden schweren Entscheidungsmoment. Das Heimatland in Stadt und Land meiner treuen Provinz Schleswig-Holstein wird — des bin ich gewiß — der unermülichen Arme und der untern Feinden den Lebenskreis raubenden Marine treu zur Seite stehen. Der Preispreis soll und wird uns nicht fehlen. (11) **Kein weicher Friede**, sondern einer, welcher den Interessen Deutschlands entspricht — das wolle Gott!

Verhandlungen in Bern?

Die Berliner Zeitung „B. Z.“ am Mittag“ berichtet aus Bern, die „Newport World“ veröffentliche eine Erklärung, daß Friedensverhandlungen mit Amerika seitens des Verbundes angeknüpft seien. Die „Newport Tribune“ will ebenfalls von in Bern geführten Friedensverhandlungen Österreich-U-

garns, der Türkei und Bulgariens mit Amerika erfahren haben.

Die letztere Meldung trägt den Stempel der Unwahrheit an der Stirn. Mag Österreich-Ungarn auch für fähig gehalten werden, auf eigene Faust eine Verständigung mit Washington zu suchen, von der Türkei und Bulgarien darf man das einwilligen doch für ausgeschlossen halten. Die Nachricht scheint im übrigen als Versuchsalbion und Wind mit dem Zaunpfahl an die Berliner Adresse aufgelassen zu sein und dürfte dort nach Gebühr gewertet werden.

Protest der Entente gegen Brest-Litowsk.

Die Entente-Regierungen haben in einem langatmigen und mit gewohnter Selbstung angefüllten Protest gegen den Friedensschluß von Brest-Litowsk veröffentlicht der für Russland wenig schmeichhaft ist und nur den Grad der Wut erkennen läßt, die die westlichen Vorkriegsüber über das Ereignis erfüllt. Die Behandlung Griechenlands und Hollands sprechen zudem lauter als alle wörtlichen Ergüsse.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Wien, 19. März. Die rumänische Regierung hat in dem am 6. März abgeschlossenen Präliminarvertrag die von Österreich-Ungarn geordneten Grenzberichtigungen grundsätzlich angenommen. Die Forderungen der Monarchie konnten jedoch bisher der rumänischen Regierung im einzelnen noch nicht bekanntgegeben werden, da der bisherige Delegierte Vergetofan infolge des Rücktritts Averescus seinen Auftrag zurückgegeben und der neue Ministerpräsident Marghiloman die Kabinetsbildung noch nicht durchgeführt hat. Die Verhandlungen werden nach der Rückkehr Marghilomans nach Bukarest, die morgen erfolgen dürfte, wieder aufgenommen werden. Morgen läuft die Waffenruhe mit Rumänien ab, und man zweifelt nicht daran, daß ihre Verlängerung erfolgen wird.

Bukarest, 19. März. Marghiloman ist zum Ministerpräsidenten ernannt.

Hoffentlich wird bald ein deutscher Bevollmächtigter etwas besseren Tritt in die Bukarester diplomatische Kolonne bringen!

Die holländische Schiffraumfrage.

In Erwartung deutscher Gegenforderungen.

Die „Ain. Jtg.“ meldet aus Berlin: Eine endgültige amtliche Erklärung über den Entschluß der holländischen Regierung hinsichtlich der letzten nicht vor. Man muß sich also zunächst an die vom Minister des Aeußeren in der Kammer gemachten Mitteilungen halten. Darin ist aber bereits zweideutig festgestellt, daß Holland in dem Begriff der strikte Neutralität, die es bisher inne gehalten hat, zu Gunsten des Verbandes abzustreifen und diesem zum Nachteil der Mittelmächte militärische und wirtschaftliche Vorteile einzuräumen, die es ihm unter seinen Umständen hätte zugestehen dürfen. Damit wird eine neue Situation geschaffen und Holland muß nun gewärtig sein, daß wir daraus die einzig mögliche Schlussfolgerung ziehen, indem wir an Holland Forderungen stellen, die wir bisher nicht gestellt haben und bei Aufrechterhaltung der holländischen Neutralität nicht gestellt haben würden.

Ein holländisches Blatt bringt inzwischen die Meldung, Deutschland hätte bereits vom gestrigen Tage ab die Lieferung von Kohlen an Holland eingestellt. Auf Grund von Erkundigungen an deutschen amtlichen Stellen, die über eine solche Maßnahme unterrichtet sein müßten, kann der „Tag“ diese Mitteilung für irrtümlich erklären. Im übrigen werden sich die Gegenmaßnahmen der deutschen Regierung kaum auf die Einschränkung der Kohlenlieferung beschränken dürfen.

Die Opposition in Holland.

Genf, 19. März. Schweizer Blätter berichten aus dem Haag: Man rechne in politischen Kreisen mit einer regen Opposition gegen die Haltung der Regierung, in der Protag des Ultimatus der Entente, doch werde die Opposition in der Minderheit bleiben.



Es braust ein Ruf wie Donnerhall
durch alle deutschen Lande! Von heute an gibt es nur
einen Willen, eine Pflicht
Kriegsanleihe zeichnen!

zweite Zustimmung wird, wie die vorerwähnten Preisunter-
setzungen und der Bericht über die Kammerdebatten des zweiten
Tages zeigen, hinsichtlich der lebhaften Opposition befristet.

"Hollands Entscheidung erniedrigend."

Rotterdam, 18. März. Der „N. Rottd. Cour.“ schreibt: Die
Holländer Redeer hielten es so gut wie zweifellos,
dass die Niederlande die Bedingungen Englands und
Amerikas nicht annehmen würden. Dadurch, dass dies
nun doch geschehen ist, ist für die materiellen Interessen der
Holländer besser gestellt, als wenn die Alliierten die Schiffe ein-
fach beschlagnahmt hätten. Indessen hätte England und
Amerika nicht inlande sein, forpdierte niederländische Schiffe
zu erziehen. Der für jetzt fall zu erwartenden Geldbeschä-
digung legen die Redeer nicht so viel Wert bei weil der Bau
neuer Schiffe für sie unendlich ist. Im übrigen
sieht man in den Kreisen der Redeer die Entscheidung als er-
niedrigend und nicht gut begrifflich an. Aber das
Schicksal der niederländischen Beziehungen der in Amerika
liegenden Schiffe ist nun beunruhigt. Ein Teil von ihnen wird
sich vermutlich weigern, auf bewaffneten Schiffen in das Sper-
gebiet zu fahren.

Nach keine Antwort Hollands eingetroffen.

London, 19. März. Reuter erzählt, dass der eng-
lischen Regierung bis heute nachmittags noch keine
Antwort der Regierung der Niederlande zu sein die
Note der Alliierten zugegangen war. Es liegt also weder
eine Mitteilung des britischen Gesandten in Haag, noch
eine der niederländischen Gesandten in London vor, dass die
niederländische Regierung den ihr vorgeschlagenen Bedingungen
zugestimmt habe. Infolgedessen ist eine neue Notiz
zufolge nach dem Haag geschickt worden, wonach die Alliierten
mangels einer unabweisenden Annahme
der Note der Alliierten zu einer sofortigen Beschlag-
nahme der Schiffe schreiten müßten. Da Telegramme
aus Holland den Anschein erwecken, als habe die Regierung der
Niederlande die Note der Alliierten angenommen, so sollte
von neuem betont werden, daß der bloße Versuch einer abgren-
zenden Annahme des Modus vivendi vom vergangenen Januar
seitens Hollands der Sache nicht gerecht würde, da sich die
Situation seitdem von Grund aus geändert hat.

Die holländischen Bedingungen von der Entente abgelehnt!

Aus Amsterdam meldet die „Nid. Ag.“: Der „Tele-
graaf“, der ja hinsichtlich von allen holländischen Zeitungen über
die Absichten des Verbandes am besten Bescheid wissen muß,
meldet aus dem Haag: Wie uns berichtet wird, sollen die
alliierten Regierungen die niederländischen
Bedingungen abgelehnt haben. Vermutlich ist dar-
über in der Zweiten Kammer eine amtliche Mitteilung zu er-
warten.

Die Beschlagnahme nach aufgehoben.

London, 19. März. (Reuter.) Die „Times“ erzählt aus
Newport vom 18. März: Die Behörden verschoben die
Beschlagnahme der 700 000 T. niederländischen Schiffs-
raumes in amerikanischen Häfen. Der Versuch wurde
aus Rücksicht gegen die niederländische Regierung be-
schlossen, um ihr noch etwas Zeit zu lassen die Ver-
einbarung über die Verwendung niederländischer Schiffs-
raumes durch die Alliierten zu unterzeichnen.

Holland war nur der Anfang!

Nach einer Voller Meldung der „Nid. Kor.“ schreibt die
Londoner „Morningpost“: Die ergänzenden Bedingungen,
die Holland etwa stellen sollte, werden geprüft werden,
ohne daß ihre Annahme irgendwie wahrscheinlich ist. Die von
der Entente konzipierten wird diejenigen Maßnahmen festsetzen,
die zur Requirierung weiterer neutralen
Schiffsraums getroffen werden müssen.

Keine Verteidigungsmaßnahmen der holländischen Alliierten

Rotterdam, 18. März. „Maasbode“ widerspricht
der Wichtigkeit der Gerüchte, wonach der Militärplan
rückgängig gemacht und an der holländischen Küste
Verteidigungsmaßnahmen getroffen worden
sind.

Diese bestrebliche Nachricht wird dringend der Aufmerk-
samkeit der deutschen Regierung bedürfen. Hier wird ein deut-
liches Lebensinteresse berührt!

Vom Krieg und Frieden.

Aus dem Osten

Rußlands künftige Verretung in Berlin.

Berlin, 19. März. Zu der Meldung, daß Joffe zum
zünftigen Botschafter in Berlin ernannt sei, wird hier
bekannt, daß diese Nachricht zum mindesten den Tatsachen vor-
zuziehen dürfte. An maßgebender Stelle ist in Berlin über
eine Ernennung Joffes bisher nichts bekannt. Auch über den
deutschen Vertreter in Rußland ist noch nichts
bekannt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Posten vor-
erst nur provisorisch besetzt wird.

Lenins Stellung ungesichert.

Rotterdam, 15. März. „Dain News“ melden aus Mos-
kau vom 15. März: Auf dem Sozialkongress waren von
1094 vertretenen Abgeordneten 737 Bolschewiki und 238 Sozial-
revolutionäre. Nach Verlesung der Tagesordnungsgegenstände
der Botschaft Wilsons berichtete Tschichowkin über die
Friedensbedingungen. Lenin wurde mit einer Ovation
empfangen, die beweist, wie wenig seine Stellung erschüttert
ist. Er hielt eine lange Rede über seine Auffassung von Ruß-
lands Bedürfnissen, die ihm den Atem für den endgültigen
Kampf verschaffen müßten. Nach Lenins Rede wurde die Ver-
sammlung vertagt.

Die Abstimmung für den Frieden.

Amsterdam, 19. März. „Times“ erzählt aus Peters-
burg: Aus einer vorläufigen Zählung der Stimmen in
der Provinzialversammlung ergibt sich, daß 109 Räte für den unmittel-
baren Abschluß eines Friedens gemäß den Brest-
Litowsker Bedingungen, 83 dagegen waren. 13 Prozent
der Bauernräte, 27 Prozent der Arbeiterräte und
85 Prozent der Stadträte waren gegen den Frieden am
jeden Preis.

Die städtischen Kreise zeigten sich also am meisten dem
Frieden abgeneigt, die bäuerlichen dagegen in ihrer über-
wiegenden Mehrheit friedensfreundlich.

Was geht in Petersburg vor?

Amsterdam, 19. März. „Times“ melden aus Peters-
burg, daß kein einziger Personenzug ausfahren
darf, selbst nicht den Vorstädten. Die Stadt ist mit Lauf-
gräben umgeben. Unter Leitung von Ingenieuren sind
Lagernde von Arbeitern damit beschäftigt, die Festungsgräben
aufzuwerfen.

Wegerevolution in Rußland?

Bern, 19. März. Die „Neue Zür.“ meldet aus Peters-
burg, daß sich eine Gegenpartei bildet, die eine Gegen-
revolution in Rußland beabsichtigt. Mehrere öffentliche
Gebäude wurden zerstört. Auf der Straße von Smolning
Anstalt nach dem Bahnhofs wurden Maschinengewehre aufge-
stellt. Zu der Spannung zwischen Lenin und Trotski ver-
lautet, daß Lenin über das Vorgehen Trotskis in Brest-Litowsk
unzufrieden ist.

Eine englisch-französisch-russische Bewegung für den Zarismus.

In seiner Zeitschrift „Ukraine“ veröffentlicht der Direktor
des ukrainischen Bureaus in der Schweiz, Slespanowski,
folgende Einzelheiten über die Verträge, die von Londoner
und Pariser Gruppen zur Wiedererrichtung des Zarismus
getroffen werden sollen. Der Londoner Gruppe gehören
der Regimentsfabrikant Vidars und der frühere Ver-
treter der Petersburger Telegraphenagentur in London, Dulo-
wiski, der jetzt bei der Reiteragentur die Jentur über die
russischen Angelegenheiten ausübt. Zur Pariser Gruppe ge-
hören der Credit Lyonnais und der frühere russische
Politiker Tschwolski, Militärrat und Kapitän und General
Jankewitsch. Auf russischer Seite spielen in dieser Ange-
legenheit u. a. folgende im Ausland lebende Persönlichkeiten
eine Rolle: Die Witwe des russischen Botschafters Benden-
dorf, General Gurko und Großfürst Michail.

Der hier genannte Großfürst Michail ist natürlich nicht der
Bruder des Czaren, der in Rußland weilt und dessen Ver-
bannung nach Perm dieser Tage gemeldet wurde, sondern der
1861 geborene und in London lebende, mit der Großfürstin
Veronika verheiratete Sohn des gleichnamigen, 1909 verstorbenen
Bruders Alexanders II.

Kein Gewalt deutscher Kriegsgefangener.

Rotterdam, 19. März. Ein Telegramm aus Moskau
am 18. März, daß 3000 deutsche und österreichische Kriegs-
gefangene die Stadt in ihre Gewalt gebracht
und befehligt hätten.

Verstärkte Besetzung in Odessa.

Petersburg, 19. März. (Reuter.) Es ist festgestellt,
daß die Russen Odessa vor der Räumung in Brand zu
setzen suchen, aber wegen des zu kleinen Nachdrängens der
Deutschen ihren Zweck nicht erreichen konnten.

30 Engländer in Finland gefangen.

Stockholm, 19. März. Mitteilung aus Finland melden,
daß die Deutschen beim Vormarsch nach 30 Engländer ge-
fangen genommen haben, die sich nicht rechtzeitig hatten in
Sicherheit bringen können.

Aus dem fernen Osten.

Das japanische Hin und Her.

Amsterdam, 19. März. Einem hiesigen Blatte zufolge er-
fährt die „Times“ aus Tokio: In dem heutigen Konrat,
dem vermutlich auch der Kaiser beigewohnt hat, wurde es für
unwahrscheinlich gehalten, daß man zu einer militä-
rischen Mission übergehen würde, ehe das Parlament
am Ende des Monats vertagt worden ist.

Ministerrat des chinesischen Präsidenten?

Amsterdam, 19. März. Über London wird aus Beijing
gemeldet, daß der Präsident der Republik voraussichtlich
zurücktreten wird, da sich die Lage erheblich ver-
schärft hat. Die dem Präsidenten ergebenden Truppen stehen
an der Grenze von Hupoh dem Corps der Südruppen gegen-
über. Kämpfe stehen bevor.

Aus dem Westen

Durch Couronne 20 000 Personen verurteilt.

Aus Bern wird gemeldet: Durch die furchtbare Explosion
von La Couronne sollen 20 000 Personen erzwun-
det worden sein. „Journal“ schätzt den durch die Explosions-
katastrophe in Couronne und Nachbarnen angerichteten
Schaden auf vorläufig zehn Millionen Franc, nicht
gerechnet die Fabrik- und Werkstätten, ihre Einrich-
tungen, sowie den Wert der verunrichteten Granaten. Da in
Paris kaum noch Glas zu erhalten ist, wird von der Polizei zur
Verbesserung eingebrachter Fensterheben gedütes Papier
geliefert.

Die Fliegerfähigkeit im Westen.

Berlin, 19. März. Bei andauernd günstigem Wetter war
die Fliegerfähigkeit der eigenen und feindlichen Flieger-
kräfte am 17. März noch reger als den Vortagen. Der
österreichische Sieg an großen Stellen der Front, durch Ein-
satz harter Sperrkräfte und unteren Fliegern die Auf-
klärung zu verwenden. Die Erkundung wurde den noch
überall durchgeführt. Bei Verdun wurde ein 26 Flug-
zeuge hartes feindliches Geschwader, das in unser Hinterland
vorzudringen suchte, in heißblütigen erbitterten Kämpfen über
die Rhine zurückgedrängt. Die feindlichen Verluste betragen
22 Flugzeuge und 2 Beobachtungsflugzeuge, unsere Verluste 7 Flug-
zeuge. Auch die ganze vorige Woche war für unsere Luftstreit-
kräfte ein Kampf und Erfolg. Das Wetter gestattete an
fast allen Tagen eine rege Tätigkeit der Flieger und der
Ballonbesatzer. Das Wetter unserer Gegner, der sie be-
unruhigenden Unwetter über unsere Absichten selbst um
dem Preis hoher Opfer ein Ende zu machen, setzte sich wie
auf der Erde so in der Luft. Fast täglich verlustigen Engländer
und Franzosen durch Luftverurteilungen in harten, von Beob-
achter gestützten Schüssen, die auf unser Hinterland
ausgewirkt zu sein. Immer noch unter unsere Aufklärungs-
flüge an manchen Stellen der Front nur mit Unterstützung
von Kampfflugzeugen die feindliche Luftstreitkräfte durchbrechen.
Überaus zahlreiche Luftkämpfe waren die Folge. Unsere
Flieger bewährten in ihnen ihre alte Überlegenheit. Wäh-
rend unsere Gegner in der abgelaufenen Woche 71 Flugzeuge
und 9 Beobachtungsflugzeuge, verloren wir 26 Flugzeuge und
einen Ballon. Am 18. März wurden aus einem feindlichen
Geschwader von 8 Flugzeugen, die die offene Stadt Frei-
burg mit Bomben beschoßen hatten, 3 Flugzeuge abgeschossen.
Sauptmann Müller von Lütich und Leutnant Winkhoff er-
nannten jeder den 27. Luftflieger. Leutnant Freiherr von Nichte-
hofen erhöhte die Zahl seiner Siege durch drei Abschüsse auf
20. Mittelmeeres Flieger von Nichtehofen durch zwei Abschüsse
auf 35. Unter den Verlusten unserer Bombenbesatzer
verloren der hiesige Flieger die offene Stadt Frei-
burg am Abend des 11. März. Infolgedessen Ermüdung. Seine
Verletzung war nach den übereinstimmenden Beobachtungen
der Besatzungen überaus hart. Außer einer heftigen
Explosion und mehreren kleineren Bränden wurde in der
Stadt eine so erhebliche Feuerbrunst hervorgerufen, daß
die Schein bis St. Laurentin, d. h. über 100 Kilometer
weit zu sehen war.

Darüber hinaus ist es den Anschein, als sei die explo-
sion von Couronne eine Folge unserer letzten Flieger-
angriffe.

Waffenverhandlungen in Frankreich.

Genf, 19. März. Die vereinigten Sozialisten des
französischen Kammer haben über die in den letzten
Tagen erfolgten Waffenverhandlungen in Paris und
dem Seine-Departement eine Interpellation an Clemenceau
in der Kammer eingebracht. Aus dem Beschluß des 100
abgelehnt und daß der Grund der Verhandlungen die Be-
endigung unpatriotischer Bestimmung in Verträge mit
dem Feinde ist.

Deutsche Offiziere an Bord britischer Handelsfahrzeuge?

London, 18. März. (Reuter.) Im Unterhaus fragte
Sunt, ob seine deutschen höheren Offiziere an
Bord der Doppeldecker und der bewaffneten Schiffe unter-
gebracht werden würden. Bonar Law antwortete, die Frage
würde zwar von den englischen Marine- und Militärbehörden
sorgfältig erwogen werden, man habe aber nicht die Absicht,
den Plan auszuführen.

Als Antwort würde man wohl schließlich englische Offi-
ziere an Bord unserer U-Boote ihre Veranlassungsfaktoren
machten lassen.

England zahlt Postgebühren für seine Gesandtschaft in Frankreich.

Das Westminster Blatt „Democrat“ schreibt am 28. Fe-
bruar: Daß die Engländer sich in Frankreich
büßend zu setzen wollen, ist nur eine deutsche Ver-
dächtigkeit. Die Engländer meinen den Franzosen nicht das
Geringste was sie anhaben, ebenso wie die Amerikaner, für
alle Gebühlichkeiten und Gesandtschaften, die
für militärische Zwecke brauchen, Miete und Pacht. Die
britische Gerechtigkeit geht sogar so weit, daß die eng-
lische Regierung eine Post zahlt für das ganze Kampan-
gelände, das von ihren Truppen gehalten wird; für die
England zahlt. In Frankreich, für die befristeten
Militären an der ganzen britischen Front in Frankreich zahlt
England regelmäßige Postgebühren an die Gemeinden und
Departements.

Der Krieg gegen Italien

Der 1. Mai in Italien.

Milch, 19. März. Wie der „Avanti“ meldet, beschloß die
Sozialistenpartei in Italien die Erklärung des 1. Mai als
allgemeinen Arbeitertag festzusetzen in Italien und
ihn als Demonstration für den allgemeinen Frieden
zu feiern.

Der Finanzverfall der italienischen Bahnen gesperrt.

Milch, 19. März. Die italienischen Bahnen sind seit
Sonntag mittags abermals für den gesamten Privat-
verkehr gesperrt. Die Ursachen sollen militärischer Art
sein.

Die italienische Räumung Albanien?

Ugano, 19. März. Der „Secolo“ will erfahren haben,
daß die italienische Heeresleitung Vorbereitungen für die
Räumung Albanien trifft. Als Grund dafür wird
angegeben, daß die Transportbeschwerden und die Unsicher-
heit auf dem Seewege den Nachschub empfindlich behindern.

Der Seetrag

Wieder 18 000 Tonnen.

Verlin, 19. März. (Mittl.) U-Boot-Verluste auf dem
Baltischen Kriegsschauplatz: 18 000 T. von Reg.-Z.
Ein hiesiges deutsches U-Boot-Torpedoboot wurde an der Spitze
einer aus fünf gekerkerten Geschützen bestehenden Privat-
U-Booter Flotte, wahrscheinlich mit Munitionsladung, ver-
sank angeblich nach der Torpedobombardierung.

Gesunken.

Rotterdam, 19. März. „Maasbode“ meldet: Der bel-
gische Dampfer „Prince Charles de Brouckere“ (1277 T.) und
der spanische Dampfer „Alba Mendí“ (2044 T.) sind nach
Zusammenstoß gesunken.

Der Krieg mit Amerika.

Amerikas Ausgaben für seine Flotte.

Amsterdam, 19. März. Aus Washington wird gemeldet:
Nach den Berichten des Flottenkommandes des Repräsentanten-
hauses können im kommenden Finanzjahr 1.3 Milliarden
den Dollar für die Flotte angewandt werden.

Graf Luxemburg nicht in Chile.

Die „Nordd. Allg. Ag.“ meldet: Die Reutermeldung, daß
der Befehlshaber Graf Luxemburg in Chile eingetroffen sei,
entspricht nach hier vorliegenden Nachrichten nicht den
Tatsachen.

Die Belagerung des „Seebäder“ nicht interniert.

Die „Nordd. Allg. Ag.“ meldet: Wie wir aus zuverlässiger
Quelle hören, ist die von feindlichen Nachrichtenagenturen
verbreitete Meldung, daß die in Chile gelandeten
Mannschaften des Kaiserlichen Flottenkommandes von der
chinesischen Regierung interniert worden sei, unzu-
treffend. Die Mannschaften befinden sich vielmehr auf
freiem Fuß und sind nur bis zur Klärung der mit ihrer weiter-
en Behandlung zusammenhängenden Bestfragen unter
beständiger Aufsicht gestellt.

Die Neutralen

Spanien bleibt bei seiner Neutralitätspolitik.

König Alfonso's erstnennbare kannemahlige spanische
Parlament mit einer Exhortation, worin er auf die herzlichen
Beziehungen zu allen Völkern der Welt hinweist. Er
erklärt, Spanien sei entschlossen, die Neutralitäts-
politik weiter zu verfolgen, wie das dem Willen des Landes
entspreche.

Der österreichische Fall Lammasch.

Der Wiener Hofrat Opa am 1. März hatte im österreichischen
Abgeordnetenhaus eine viel bemerkte, sofort energisch zurück-
gewiesene Rede gehalten, in der das deutsche Bündnis als
friedenswidrig hingestellt wurde. Prof. Friedjung
hatte demnach in der „West. Ag.“ mit Prof. Lammasch habe
vor einiger Zeit an Kaiser Karl eine Denkschrift geschrieben,
in der er empfohlen wurde, das Bündnis mit Deutsch-
land unmittelbar nach Friedensschluß aufzu-
kündigen. Dies alsbald zur Kenntnis der Entente zur
Förderung des Friedens zu bringen. Lammasch ist bekannter
Bürger und wohnt in einem Briele an die „N. Fr.“
die Behauptung Friedenswidrig abgelehnt.
Der Wiener Hofrat antwortete dem Hofrat Lammasch in
der „N. Fr.“ darauf in einem Artikel, in dem es heißt:
„Was die Denkschrift betrifft, so ist bereits festgestellt, daß
Lammasch seine Denkschrift selbst einem Gelehrten und Polit-
iker von anerkanntem Ruf leihen ließ, ohne ihn zum Ein-
gang zu verpflichten, und daß dieser Gelehrte zum Ein-
mündigen hat, seinen Namen Herrn Bernz Lammasch beizusetzen;
er müßte nicht unmittelbar die Denkschrift treiben.
Ich bin bereit, jeden von Lammasch bezeichneten Person
an der Wiener Universität lehrenden Genährmann zu

Ämliche Anzeigen

Bekanntmachung.

Annahme von Kriessanleihe an Zahlungsstatt.

Bei den Verkäufen und Verleierungen aus Beständen der Heeres- und Marineverwaltungen, die für Kriegszwecke nicht mehr benötigt werden, kann die Restzahlung vorzugsweise durch Einräumung von Kriessanleihen erledigt werden. Diese Restzahlung erstreckt sich auf alles, was bei der Demobilisation zur Abgabe an die Bevölkerung frei wird, also insbesondere auf: Fahrzeuge und Geschütze, Feldgeschütz, Motorlokomotiven und Kraftfahrzeuge nebst deren Zubehör; Rüstmittel und sonstige Vorräte; landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sowie Werkzeuge; Kraftfahrzeugen mit den zugehörigen Maschinen und Geväeren; Eisen, Stahl und andere Metalle; Holz und sonstige Baumaterialien; Bekleidung und Ausrüstung aller Art. Käufer, welche die Bezahlung in Kriessanleihen anbieten, werden bei sonst gleichen Geboten in erster Linie berücksichtigt. Die Kriessanleihe wird zum vollen Nennbetrug anzurechnen und bis zur Höhe des Kauf- oder Pfandbetrags in Zahlung genommen. Die Kriessanleihe ist bis zum 31. März 1918, höchstens bis 5% vom Einzahlungsbeitrag ohne Anrechnung der Kriessanleihe ohne Unterschied sowie die erhaltene bei der Kriessanleihe ausgegebenen 4 1/2% igen aus- losbaren Zinsbeträgen.

Merseburg, den 16. März 1918.

Der Königl. Landrat.

A. v. v. Gronow.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf meine Verlautbarung vom 18. Februar d. J. ersuche ich die Magistrats-, Gemeindevorstände und Ortsvorstände um sofortige Einreichung der Einkommens- und Vermögenssteuer des Jahres 1917. Die Königl. Regierung verlangt von mir die Vorlage dieser Akten mit Kriessanleihebeständen bis spätestens 8. April d. J. - Zur Innehaltung des gesetzlichen Termins ist es deshalb unbedingt erforderlich, daß mir von den Magistrats-, Gemeindevorständen und Ortsvorständen die zu- und abgemessenen sofort zuzugehen.

Merseburg, den 19. März 1918.

Der Vorsitzende der Veranlagungs-Kommission.
A. v. v. Gronow.

Bekanntmachung.

Für die Prüfung von Kreisoberlehrern, die in Halle a. S. abgehalten ist, habe ich Termin auf Montag, den 20. April 1918, nachmittags 2 Uhr anberaumt. Zur Prüfung dürfen nach § 3 der Prüfungs-Vorschriften nur zugelassen werden männliche Bewerber, die das 21. Lebensjahr vollendet und das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten haben; körperlich tauglich, insbesondere im Besonderen ihrer Sinne sind, mindestens 4 Wochen lang einen theoretischen und praktischen Unterricht in der Schachtheorie und Schachspiel in einem der Schachclubs zu Halle a. S., Eisenach, Weichenfels, oder Raumburg a. S. genossen haben. Kandidatenliste dürfen Bewerber zugelassen werden, welche das 23. Lebensjahr noch nicht vollendet oder das 50. Lebensjahr bereits überschritten haben. Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind in Halle a. S., Weichenfels, Zeitz, Eisenach und Raumburg durch die Volkshilfswahlmänner, im übrigen durch die Landräte an den Vorsitzenden der Prüfungskommission zu richten.

Merseburg, den 5. März 1918.

Der Regierungs-Präsident.

Verantwortlich:
Merseburg, den 16. März 1918.

Der Königl. Landrat.

A. v. v. Gronow.

Bekanntmachung.

Königl. Staatsministerium hat auf Grund Allerhöchster Ermächtigung Seiner Majestät des Königs durch Erlass vom heutigen Tage dem Zentral-Komitee des Preussischen Landesvereins vom Heinen Kreuz die Genehmigung erteilt, für die Kriegszwecke des Heinen Kreuzes eine letzte Weiblotterie mit einem Kapital bis zu 1.000.000 M. und einem Reinertrag von 600.000 M. zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben. Die Zeichnung dieser Lotterie findet mit unserer Genehmigung am 6., 7., 8., 10. und 11. Juni 1918 in Berlin statt.

Berlin, den 7. Januar 1918.

Der Minister des Innern. Der Finanzminister.

Die Ortspolizeibehörden ersuche ich, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß der Losevertrieb im dortigen Bezirk nicht behindert wird.

Merseburg, den 14. März 1918.

Der Königl. Landrat.

A. v. v. Gronow.

An die Frauen und Mädchen Merseburgs!

Zeichnungen von Kriessanleihe
von 1,00 Mk. bis 97,00 Mk. auf Kriegsparketten der städtischen Sparkasse werden angenommen jeden Wochentag abends von 6-7 1/2 Uhr in unserem Vereinslokal, Karlstraße 4, Hinterhaus.
Deutsch-Engl. Frauenbund (Ortsgruppe Merseburg)
H. Sahn.

Rohfleisch- und Fleischwaren-Verkauf
findet am 21. März 1918
bei Hoffmann, Obere Breitestraße Nr. 4:
nachm. von 2-3 Uhr auf die Ordnungsnummern 501-600
nachm. von 3-4 Uhr auf die Ordnungsnummern 601-700
fast.
Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch oder Fleischwaren besteht nicht.
Merseburg, den 20. März 1918.
E.-M. I. 459/18. Das hiesige Lebensmittelamt.

Veranlagung.

Die Herren Minister der Finanzen und des Innern haben durch Erlass vom 2. Februar 1918 (II 1093) die Gemeinden allgemein ermächtigt, bis auf weiteres bei Erhebung der direkten Staats- und Gemeindesteuern an die Stelle der schriftlichen Mahnung durch öffentliche Bekanntmachung treten zu lassen.

Wir geben diese Ermächtigung mit dem Einverständnis beider, daß der Magistrat mit Rücksicht auf die Vereinfachung unter dem 5. März 1918 beschloffen hat, die Mahnung aller fälligen Steuerzahler nicht mehr, wie bisher schriftlich, sondern nach obiger Ermächtigung durch öffentliche Bekanntmachung vorzunehmen.

Es wird also in Zukunft nach Ablauf der aus den Steuerbescheiden ersichtlichen allgemeinen Fälligkeit, unter Hinweis auf diese Bekanntmachung eine kurze, öffentliche Mahnung der Säumigen erfolgen und nach eubilligstem Ablauf auch der Mahnungskreis unerschrocken auf zwei- welfen Vertreibung der Steuerrückstände geschritten werden.

Merseburg, den 16. März 1918.
Wesh. Nr. 977/18. Der Magistrat.

Funkeln

liefern waggonweise nach jeder Bahnstation
Stadtmeister & Eggers,
Magdeburg, Fernspr. 5932.

Rosenkavalier **Schloss Parfa**
Tapeten
Große Auswahl guter Fabrikate
moderner Muster empfiehlt sehr preiswert
Herrmann Binderemann
Tapetenverleger
Feranr. 277. Merseburg a. S.
Neue Tapeten **Tapeten**
Kunst **Darmstadt**
aus Dresden **Albin Müller**

Kreis Sparkasse Merseburg

verleiht Heimsparbüchsen zur Förderung der Spartätigkeit im Hause,
ist unter Nr. 8806 Volksheimamt Leipzig an den Postbesorger angegeschlossen und nimmt alle für sie bestimmten Zahlungen per Volksheim-Zahlkarte entgegen, wobei dem Absender keine Postkosten entstehen und das Warten im Kassenslokal bei starkem Andrang vermieden wird,
ist täglich vormittags von 8 bis 1 Uhr für den Verkehr geöffnet,
führt ihre Überschüsse zur Verwendung im Interesse des Kreises Merseburg ab und verringert dadurch die Kreis- und Gemeindesteuern über ihre Einlagen strengste Verschwiegenheit zu beobachten,
besorgt die Einziehung von Guthaben bei anderen Sparkassen und Uebertragung auf Einlagebücher der Kreis Sparkasse ohne Postkosten und Verlust an Zinstagen für den Sparer.

Aufmerksame Bedienung. Mäßige Preise.
Karl Tänzer
Merseburg Adolf Schäfers Nachf. Entenplan 7
Spezialgeschäft für
Herren-Wäsche
Trikotagen, Shlipse.
Wäsche-Anfertigung in eigenen Arbeitsstuben.
Feranr. 259.
Solide Qualitäten. Große Auswahl.

Hauslämmer-Verkauf.
Dienstag, den 27. März 1918, vormittags 10 Uhr, werden
ca. 150 Stück Hauslämmer
verkauft. Bedingungen im Termin.
Rittergut Kriegstedt.

Ressourcengesellschaft
Die
ordentl. Generalversammlung
findet am

2. April, nachmittags 5 1/2 Uhr,
im Sitzungssaal der Königl. Regierung
statt. Zur Teilnahme werden die Mitglieder hierdurch
gebeten eingeladen.

Tagessordnung:
1. Vorlegung der Abrechnung für die Jahre 1916 und 1917 und des Etats für 1918,
2. Vorstandswahl,
3. Anträge.
Die Rechnung liegt vom 22. März ab im Dienstzimmer des Regierungsrats Diege im Königl. Schloß zur Einsicht der Mitglieder aus.
Merseburg, den 20. März 1918.
Der Vorstand.

Funkenburg, Merseburg.
Sonntag, den 24. März 1918,
abends 1/2 8 Uhr:
Einmaliges Gastspiel
von
Baer's Leipziger
Kriegs-Sänger.
„Unsere Emden!“ Seemanns Volksstück aus dem Leben. Ergreifend!
Neu! „Deutsche Frauentreue!“ Neu!
Lachen! Große Heiterkeit! Lachen!
Fliegerliebe!
Lachen! Urkomisch! Lachen!
Neuester Operettenschlager der L. K. S.
Otto Trötzschel, das sächs. Unikum!
Vorverkauf im Zigarngeschäft Fuchs, Kl. Ritterstraße
Sperrzeit num. 1,50 Mk., 1. Platz 1,25 Mk., 2. Platz 1 Mk.
Saalöffnung 1/4 6 Uhr.

Tüchtiger Dreher
in der Herstellung von Armaturen bewandert,
für II. Meisterposten gesucht.
B. Eduard Hering,
Maschinenfabrik, Zittau.

Bruteier
gibt ab von erstl. reibungsfarb. ital. Buchstamm (Gesüßelgattung prim. vom Ministerium und Landwirtlichsch.ammer)
Frau M. Haase,
Mitglied des Clubs Deutscher Geflügelzüchter
Rittergut Kleinleben a. b. Schenkth.

Kammer-Lichtspiele
Nur noch Donnerstag:
Anfang 7 Uhr:
Aus Mangel an
Beweisen!!!
Großes spannendes Kriminal- und Liebes-Drama in 4 Akten.
Außerdem ein vorzüg. Beiprogramm!

Heizer
für unsere Kesselanlage gesucht.
Mitteldeutsche
Stickstoff-Werke
Groß-Kayna.

Stubenmädchen
sucht zum baldigen Eintritt
Frau M. Haase,
Rittergut Kleinleben a. b. Schenkth.

Zweilässigen
Geschirrführer
steht bei hohem Lohn ein
Lennar Straße 21.
I Schuhmachergehilfen
und ein Lehrling
sucht F. Steiner, Merseburg
Hinterlamburg 1.

Besseres Fräulein
in der Kinderpflege ausgebildet und im Nähen bewandert, zum 1. April oder später gesucht.
Frau Dr. Dohnel,
Balleische Str. 34.

Einen Klempnerlehrling
sucht
Herr Müller, Klempnermeister,
Schmalestraße 19.
Ein tüchtiger
Bäckergehelle,
welcher Öftern die Arbeit versteht, wird bei II. Wochenlohn gesucht. Offerten unter A. R. an die Exped. d. Bl.

Bäckerlehrling
sucht ungenüßige Bedingungen
Georg Herziger, Bäckermeister.
Sattler-Lehrling
Öftern unter günstigen Bedingungen gesucht.
Kunze, Sattlermeister.

Verantwortliche Redaktion: Politisch: E. Baig, Sozial und Vermittlung: R.-D. Göring, Sport und Anzeigen: M. Dohmetter. Verlag und Druck: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt, E. Baig, sämtlich in Merseburg.



Unsere Postbezieher

bieten wir, die Bestellungen für das neue Vierteljahr zaldigst dem Postboten oder dem nächsten Postamt übergeben zu wollen.

Merseburger Tageblatt (Kreisblatt)

ist allen Kreiseingesessenen ein unentbehrlicher Lesestoff geworden. Es unterrichtet nicht nur am schnellsten und umsichtigsten über alle Geschehnisse des öffentlichen Lebens, namentlich die

Kriegsereignisse,

es bietet in seinen Berichten aus Stadt und Land vieles Interessante, Unterhaltende und Wissenswertes.

amtlichen Bekanntmachungen,

besonders in Lebensmittel-Angelegenheiten, uringt das M. T. zuerst und ausführlich.

Die unabhängige, ohne Ansehen der Partei streng vaterländische Haltung des Merseburger Tageblattes findet wachsende Anerkennung.

Wir bitten unsere Freunde, unser Blatt an Bekannte und Nachbarn weiter zu empfehlen.

Jede Postanstalt nimmt Bestellungen an. Preis Mk. 2,10 vierteljährlich, 70 Pfg. monatlich, bei freier Zustellung ins Haus 14 Pfg. monatlich mehr.

Anzeigen haben vortreffliche Wirkung.

Der Preis der Kleinzeile beträgt für örtliche Anzeigen 20 Pfg., für auswärtige 30 Pfg., für die Rekl. mezzelle 75 Pfg. Auf kleine, den eigenen Haushalt betreffende Anzeigen nehmen wir die laufende Bezugskontrolle voll in Zahlung.

In hiesiger Stadt kostet der Bezug monatlich 70 Pfg., frei ins Haus. Probenummern versendet auf Wunsch und Bestellungen nimmt entgegen.

Die Geschäftsstelle des "Merseburger Tageblatt" (Kreisblatt) Merseburg, Hällerstrasse 4

Deutscher Reichstag

Berlin, 19. März. Zunächst werden Anfragen beantwortet. Zu einer Anfrage über Verpflanzung von Landsturmleuten in Sottau auf Dienststellung für mindestens vier Monate nach der Demobilisierung wird regierungsseits erwidert, es sei für die Uebergangsmachung unbedingt erforderlich, daß eingearbeitete Leute in den Bureaus zurückbleiben. Ein Druck löst nicht ausgetilgt werden. Die etwaige Beschäftigung von A. v. Lenten unter der Weismannschen Verfassung.

Auf eine Anfrage wegen Ausdehnung des Auslands-Richtendienstes wird erklärt, daß die Vorarbeiten soweit gefördert seien, daß demnächst Handel, Industrie und Landwirtschaft gütlichlich gehört werden könnten.

Eine Anfrage über Hofämterleistungen im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn wird dahin beantwortet, daß Erleichterungen in Aussicht gestellt seien und geprüft werde, ob diese genügen.

In der Angelegenheit des schweizerischen Bundesrats Abor wird erklärt, daß Abor als wenig deutschfreundlich bekannt sei, sich jedoch bei seinen Mitteilungen an den italienischen Gesandten nach Angabe des schweizerischen Bundesrats eine Unvorsichtigkeit nicht habe zuzulassen können lassen.

Sodann wird die Ausdrücke über die Friedensverträge fortgesetzt.

Verkannt.

an von Geda von Schmidt

(Nachdruck verboten.)

Es muß sein. Womöglich — ich will auch auf diesem Gebiet etwas erreichen, hatte sich Genrita de Santos damals gesagt.

Die Episode ihres Lebens, wo sie in erster Schmachtheit des liebenden Weibes, ihren Willen dem Harald Strohmännchen unterordnet, wo sie ihm zu Ehe sogar mehr ihr so leuchten zu werden. Der Beruf entfiel hatte, war für sie vorüber. Ebenfalls damals, als ihre Miete als Frau aus Kanada in der Grünigshofen Familie ausgespielt gewesen, wo sie sich impulsive dem Dichter zugewandt hatte, war sie sich jetzt mit einer wahren Leidenschaft auf das Studium ihrer neuen Aufgaben.

Es wurden natürlich nicht wenig Ansprüche an sie gestellt, je höher sie diese fraß, um so mehr mußte ihr enormer harter Darstellertalent. Ihre Stimme — das merkte sie jetzt — war eigentlich bloß eine Begabe zu ihrem früheren Schaner gewesen — ihre dramatische Kunst war das höchste bei ihr.

Die Tollkühnheit, die sie unter Umständen bei Hofmaufnahmen entwickelte, die sportartige körperliche Gewandtheit, die kolossale Gedächtniskraft, die sie besaß, kamen ihr trefflich zu hatten. Ihnen verblüffend kurzer Zeit hatten die „Santos-Films“ sich einen Ruf erworbt, auf den Genrita stolz sein durfte. Es gab ja natürlich sehr viele, die geringfügig mit den Affären gauden, wenn von Genrita de Santos die Rede war: „Blitzkampfeleierin“ — hieß es — „das ist auch was redtes“.

Genrita würde bloß gelächelt haben, wenn jemand es gewagt hätte, ihr das ins Gesicht zu sagen. Sie wußte zu gut, was das bedeutete, soviel erreicht zu haben, daß man ihr den Beinamen „Die Blitzprinzessin“ gegeben hatte.

Fred Delarue sah an einem Nachmittage im November in seinem Arbeitszimmer. Für ihn war es noch „Vor Tisch“, da in seinem Saal einladende Tischgesellschaft herrschte. Der sonnenleuchte Tag hatte in einem erst Berliner Regenwetter sein Ende gefunden.

Abg. Dr. Stresemann (nack.): Es ist nicht richtig, wie Dr. David es darstellte, daß der Friedensvertrag mit Rußland in Deutschland einen solchen Einbruch gemacht habe. Angesichts des Zerlegungsprozesses in Rußland muß Deutschland seine Interessen voll und ganz wahren, die ganze Politik während der Regierung Kaiser Wilhelms II. war eine unbedingte Friedenspolitik. Während des russisch-japanischen Krieges konnte Rußland getroffen das letzte Bataillon von der deutschen Grenze wegziehen, es war unserer Neutralität sicher. England war selbst während des Burenkrieges unserer neutralen Haltung gewiß, selbst Italien konnte sich Tripolis aneignen, während wir die Freundschaft zur Türkei aufs Spiel setzten. Was war der Dank? Das Ergebnis war der Krieg und der Haß der ganzen Welt gegen uns. Seit dem 1. August 1914 war unsere Politik eingestellt auf den Gesichtspunkt der Schonung der Neutralen, während die englische Politik eingestellt war auf den Gesichtspunkt der Vergewaltigung, sobald es im englischen Interesse lag. Da unsere Politik der Schonung den Kreis unserer Freunde erweitert hätte, vermag ich bis zur Stunde nicht anzugeben. (Sehr richtig!) Ganz falsch ist die Behauptung, daß einem Verständigungsstriebe immer Freundschaft, und daß Amerikaner immer Haß folgen müßte. Der Vergleich mit dem Nifolsburger Frieden trifft nicht den Kernpunkt, denn damals reichte Bismarck dem deutschen Bruder die Hand, und ein solcher Frieden ist nicht zu vergleichen mit einem Frieden nach diesem Weltkrieg gegen Länder wie Italien, Frankreich und Rumänien. Gewiß ist Oesterreich 1870 neutral geblieben, aber sicher weniger wegen der Schonung im Nifolsburger Frieden, als vielmehr infolge unserer idemselben Siege bei Weichenburg und Wörth. Wenn es mit Rußland zu dem von so manchen Seiten gemischten Frieden der Schonung gekommen wäre, so wäre die Wiederaufrichtung des alten Rußland mit seiner gewaltigen Armee eine reale Last, die wir uns für alle Zeiten hätten nehmen müssen. Man hat für die Notwendigkeit eines starken Rußland die Gefahr eines großen Weltkrieges gegen uns angedeutet. Gewiß haben wir gegenüber der Kapitalübermacht Amerikas nach dem Kriege einen schweren Stand. Dasselbe gilt aber auch für alle anderen Mächte, namentlich auch für England. Aber ein freundschaftlicher Kontakt gegen deutsche Waren, eine organisierte Abschreibung von Rohstoffen ist nicht möglich. Dazu ist die Schmachtt nach deutschen Waren in der Welt zu groß. Das seien unsere Erfahrungen bei den Friedensschlüssen im Osten. England hat jetzt, wo es die Folgen des U-Boot-Krieges immer mehr spürt, sehr geschickt den Wirtschaftskrieg wieder in den Vordergrund gestellt, um in gemäßigten Kreisen Deutschlands den Gehassenen wachzurufen, daß sich ein friedliches Deutschland mit Rücksicht auf diesen Wirtschaftskrieg sich den Forderungen Englands fügen müßte. Der Abg. Dr. David hat gestern das

Abkommen mit Rußland als eine Verhängung der preussischen Junker mit den baltischen Baronen bezeichnet und hat darauf hingewiesen, daß baltische Barone russische Heerführer gewesen seien. Eine derartige Gegenüberstellung ist reine Demagogie. (Sehr richtig!) Wenn das Baltikum Reaktionen zu Rußland gehabt hätte, dann wäre, es längt in Rußland aufgegangen. Man kann aber die Verhältnisse Rußlands nicht anders regeln als die Ethlands und Polens. Das Baltikum ist eine Grenzlinie. Ich hoffe, daß die Erklärung des Grafen Hertling über das Verhältnis Polens und Ethlands zu uns noch eine bessere Form annehme, wenn wir über die Stimmung in Polens und Ethland mehr als bisher unterrichtet sind. Das selbständige Litauen muß aber, wie das auch immerzeit die litauische Aboerung in Berlin gewünscht hat, eine Militärkonvention mit Deutschland abschließen, es muß eine wirtschaftliche Annäherung, eine Zollunion, eine Münzunion eintreten. Wenn die Polen davon sprechen, daß sie den Status quo für Deutschland anerkennen wollen, wenn wir den Status quo für Polen anerkennen, so ist darüber nicht ein solches Aufkommen ist vorzuziehen. Der ewige Frieden kommt nicht, und unser Herzogtümern wird nicht immer einen Heerführer wie Hindenburg idecken, der mit einer Winterzahl zu liegen weiß. Dr. Stresemann wendet sich weiter der finnländischen Frage zu und schildert die Kämpfe, die dort zwischen den finnländischen Sozialisten, die die Rote Garde bilden, und der Weißen Garde sich abspielen. Er meint, die Verhältnisse in Finnland liegen so wie in der Ukraine. Durch unsere militärische Expedition sorgten wir nur für die Fundierung des Friedens, den wir abgeschlossen haben, damit er überhaupt wirksam werden könne. Weiter wendet sich dann Dr. Stresemann wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen, die mit dem Friedensschluß zusammenhängen, zu. Schon bei dem ukrainischen und noch mehr bei dem russischen Verträge ist aufgefallen, daß unter Unterhändler der Frage der Eiderhellung der deutschen Auslandsforderungen nicht näher gekommen sind. Gerade Rußland gegenüber hätte diese Frage in den Vordergrund gestellt werden müssen. In diesem Zusammenhang erhebt sich auch der Verzicht auf eine Kriegsschadung durchaus nicht in dem frommen Licht der Verrechnung, wie dies von manchen Seiten geschieht. In diesem Zusammenhang richte ich an die Herren, die der Reichstagesversammlung vom 19. Juli vorigen Jahres zugestimmt haben, die Bitte, mit uns nunmehr eines Weges zu gehen. Der Gedanke der Friedensrevolution war ein ethischer Gedanke.

Wir sind dem Weltfrieden nicht näher gekommen, den ich Frieden haben uns unsere Waffen gebracht. Die Rede des Reichstages vom 17. Februar hat bei der Entente nur die schroffste Ablehnung erfahren, und wenn nun dieser Weltkrieg mit einer Bilanz von 2 Millionen deutscher Toden und einer Schuld von 150 Milliarden abschließt, so besteht für uns keine stützliche Verpflichtung mehr, unsere Feinde nicht die volle Wende der Kriegslast tragen zu lassen. Wir müßten zusammenbrechen unter der Steuerlast, wenn wir unsere Feinde finanziell schonen würden, nur in dem Gedanken, daß durch ihre Schonung eine Verhängung herbeizuführen ist. Im Gegenteil, je mehr wir den Gedanken der Schonung zum Ausdruck bringen, desto schwerer gelangen wir zum Frieden. Wir geben ihnen gerade zu einen Preis und erleichtern ihnen die Fortführung des Krieges. Ich hoffe daher, daß ich die Worte des Herrn Reichstages vom 27. richtig dahin interpretiere, daß die Verantwortung für unsere Feinde für die politischen und wirtschaftlichen Folgen an der Fortführung des Krieges sich auch auf die Forderung nach einer Kriegsschadung bezieht.

Graf Westarp (Rom): Die Meinung der Sozialdemokratie, mit Trost wäre eine Verständigung möglich gewesen, ist irrig. Jeder enthielt die Verträge nichts über eine Kriegsschadung. Bei künftigen Friedensverträgen nach dem Westen hin bestehen wir auf einer Kriegsschadung in dar. Der deutsche Einfluß auf die Randvölker muß auch bei Platon voll gewahrt werden. Die beste Möglichkeit unserer Seite ist

Deutsche Worte Deutsche Gedanken and die Träger der Werberbeit des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger ...

wiederum für neue Veränderungen eintreten dürften. Naturgemäß konnten das so großartig aufblühende Unternehmen verdrängen, geschäftliche unvorhergesehene Kräfte, wie sie in Kanada zu den alltäglichen gehörten, konnten die Papiere mit einem Male wiederum zu fast wertlosen Akteuren umzuwandeln. Im Lande der unberechenbaren Möglichkeiten mußte man auf alles unermutete befähigt gefast sein.

Doktor Sandler, dem kaufmännischen Nifisto, sowohl Respekt als auch wie er lächelnd sagte: „heimliches Grauen“ abspähte, war entschieden mehr für „den Sperling in der Hand“ als für „die Taube auf dem Tische“.

Er vertrat in dieser Atteneigenschaft die Interessen seiner Schwägerin Thea und diejenigen seiner beiden Söhne, die den Anteil, der ihrer Mutter zugefallen war, erbten. Da die beiden Männer, Fred und Dr. Sandler, einander persönlich sumptuös gegeneinanderbanden, wurde die Regelung der Angelegenheiten schnell erledigt.

Fred kümmerte gleichfalls für schleunigen Verkauf der Anteilcheine bei der gegenwärtigen günstigen Konjunktur. Es freute ihn, in dem Doktor eine so verständige, klare und energiegelbe Natur zu finden. Er erkundigte sich im Laufe des Gesprächs ganz unbefangenen nach Thea und den Kindern, als man nach Beendigung der geschäftlichen Konferenz noch für die Dauer einer Platte beistimmen lag.

Es ging allen auf zu Hause, berichtigte der Doktor. Er wies einige davon berührt, daß seine Kinder nun doch nicht in Kanada vorherbestimmten Anteil beverbten. Er erklärte sich deutlich jenes Abends, an dem seine Frau ihm voller Freude die Verlobung ihres Bruders, des Erbensohns in der Familie, gefreut habe, als man es von ihr hätte erwarten können.

Dieser Gedankengang veranlaßte den Doktor zu der Aeußerung: „Sie entinnen sich natürlich der Braut meines vorherbestimmten Schwagers, Herr Delarue? Der Braut aus Kanada — Janoch. Sie haben doch Genrita de Santos noch nicht fünf Jahren aus Kanada zu uns herübergebracht.“

„Ja — und?“ fragte Fred kurz.

Die Erinnerung an Genrita de Santos berührte ihn jedesmal peinlich.

(Fortsetzung folgt)

Die feste Ueberzeugung des ganzen deutschen Volkes, das alles, was Menschheit leidet, Menschheit erennen kann, geschehen ist, um den Sieg in unsere Hände zu bringen.

Abg. Ledebour (H. S.): Wir lehnen den Vertrag ab. Die fürstliche Landesregierung ist keine Vollvertretung. Wenn dem deutschen Kaiser die fürstliche Herzogtümer angeboten wird, so bedeutet das eine Gefahr für Deutschland. ...

Abg. Reichsgraf (H. S.): Unsere Haltung gegenüber dem Friedensvertrag steht unter dem Eindruck, daß kein Vertreter des politischen Volkes zu den Friedensverhandlungen hinzugezogen wurde.

Abg. Mann (H. S.): Die Dispositionen müssen als zusammenhängende Einheit aufgefaßt werden. Die baltischen Landesverträge sind nicht selbstständig, das fürstliche und litauische Volk zu vertreten. ...

Abg. Hansen (Länd.): Die Bewohner der Inseln sind wollen zu ihrem Mutterlande Schweden zurück. Deutschland muß diesem Wunsche in Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker zustimmen.

Die Aussprache schließt. Es folgt die erste Lesung der neuen Arbitration.

Staatssekretär Graf Noehren: Die täglichen Kriegsausgaben sind gestiegen, auch für die Marine. Daß sie dort nicht vergeblich aufgewendet wurden, zeigt die ständig steigende U-Boot-Tätigkeit. ...

Der Fall Eichnowsky im Hauptauschuss. Berlin, 19. März. Der Hauptauschuss des Reichstags beschäftigte sich am 16. März mit der Denkschrift des Fürsten Eichnowsky vom August 1910. ...

Morgen 3 Uhr: Reichstagswahl, Angelegenheit Dalmier.

zeugung aus, daß die entscheidende Mehrheit des deutschen Volkes den Reichstagsrat, der Vertreter des Auswärtigen Amtes und vor allem der Deutsche Kaiser jetzt gegen einen Krieg auch gegen England waren.

Der Abg. Stresemann sagte, man könne den Verfasser der Denkschrift überhaupt nicht ernst nehmen. Durch die ganze Drucksache gehe die Meinung, die Schuld auf Deutschland zu schieben.

Der Abg. Graf bemerkt, es müsse in Zukunft mit dem jetzigen Stand der Diplomatie gebrochen werden. ...

Unterstaatssekretär von Stamm antwortete zum Schluß noch auf die Anfrage, wer für die Ernennung des Fürsten verantwortlich sei, was er verneinte und versprach, er nicht von seinem Vorgesetzten abhänge.

Der Ausschuss des Reichstags für Bevölkerungspolitik setzte die Beratung des Gesetzesentwurfs zur Befähigung der Reichsbediensteten bei 8 Jahren. ...

Preussisches Abgeordnetenhaus. Berlin, 19. März. Das Haus nahm den Gesetzesentwurf, wonach die Reichsbediensteten, die am 1. Juni 1913 gewählten Dienst um ein Jahr verlängert wird, in erster und zweiter Beratung an. ...

Abg. Brill (Wpt.) über die Verhandlungen der Kommission. ...

Abg. Bernmann-Danzig (F. Wpt.): Für den Dien ist das Weichen eines durchgehenden Wasserweges vom Fleßen nach dem Osten von Bedeutung, auch selbst eine Wasserbindung von Norden nach Süden. ...

Abg. Neuwald (F. Konf.): Nach den Erfahrungen des Krieges müssen in dieser Hinsicht finanzielle Bedenken in ganz anderem Maße zurückgelassen werden. ...

Abg. Wappler (F. Konf.): Die Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen können nur zu Freiherz v. Waldhofs (Konf.): Wir werden bedrückt sein, die Wasserwege auszubauen, die für Erhebung und Aufhebung unseres wirtschaftlichen Lebens erforderlich sind. ...

Abg. Wappler (F. Konf.): Die Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen können nur zu Freiherz v. Waldhofs (Konf.): Wir werden bedrückt sein, die Wasserwege auszubauen, die für Erhebung und Aufhebung unseres wirtschaftlichen Lebens erforderlich sind. ...

Abg. Wappler (F. Konf.): Die Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen können nur zu Freiherz v. Waldhofs (Konf.): Wir werden bedrückt sein, die Wasserwege auszubauen, die für Erhebung und Aufhebung unseres wirtschaftlichen Lebens erforderlich sind. ...

Abg. Wappler (F. Konf.): Die Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen können nur zu Freiherz v. Waldhofs (Konf.): Wir werden bedrückt sein, die Wasserwege auszubauen, die für Erhebung und Aufhebung unseres wirtschaftlichen Lebens erforderlich sind. ...

Abg. Wappler (F. Konf.): Die Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen können nur zu Freiherz v. Waldhofs (Konf.): Wir werden bedrückt sein, die Wasserwege auszubauen, die für Erhebung und Aufhebung unseres wirtschaftlichen Lebens erforderlich sind. ...

Abg. Wappler (F. Konf.): Die Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen können nur zu Freiherz v. Waldhofs (Konf.): Wir werden bedrückt sein, die Wasserwege auszubauen, die für Erhebung und Aufhebung unseres wirtschaftlichen Lebens erforderlich sind. ...

Abg. Wappler (F. Konf.): Die Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen können nur zu Freiherz v. Waldhofs (Konf.): Wir werden bedrückt sein, die Wasserwege auszubauen, die für Erhebung und Aufhebung unseres wirtschaftlichen Lebens erforderlich sind. ...

Abg. Wappler (F. Konf.): Die Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen können nur zu Freiherz v. Waldhofs (Konf.): Wir werden bedrückt sein, die Wasserwege auszubauen, die für Erhebung und Aufhebung unseres wirtschaftlichen Lebens erforderlich sind. ...

Abg. Wappler (F. Konf.): Die Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen können nur zu Freiherz v. Waldhofs (Konf.): Wir werden bedrückt sein, die Wasserwege auszubauen, die für Erhebung und Aufhebung unseres wirtschaftlichen Lebens erforderlich sind. ...

Abg. Wappler (F. Konf.): Die Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen können nur zu Freiherz v. Waldhofs (Konf.): Wir werden bedrückt sein, die Wasserwege auszubauen, die für Erhebung und Aufhebung unseres wirtschaftlichen Lebens erforderlich sind. ...

Abg. Wappler (F. Konf.): Die Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen können nur zu Freiherz v. Waldhofs (Konf.): Wir werden bedrückt sein, die Wasserwege auszubauen, die für Erhebung und Aufhebung unseres wirtschaftlichen Lebens erforderlich sind. ...

Abg. Wappler (F. Konf.): Die Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen können nur zu Freiherz v. Waldhofs (Konf.): Wir werden bedrückt sein, die Wasserwege auszubauen, die für Erhebung und Aufhebung unseres wirtschaftlichen Lebens erforderlich sind. ...

Abg. Wappler (F. Konf.): Die Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen können nur zu Freiherz v. Waldhofs (Konf.): Wir werden bedrückt sein, die Wasserwege auszubauen, die für Erhebung und Aufhebung unseres wirtschaftlichen Lebens erforderlich sind. ...

Abg. Wappler (F. Konf.): Die Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen können nur zu Freiherz v. Waldhofs (Konf.): Wir werden bedrückt sein, die Wasserwege auszubauen, die für Erhebung und Aufhebung unseres wirtschaftlichen Lebens erforderlich sind. ...

Abg. Wappler (F. Konf.): Die Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen können nur zu Freiherz v. Waldhofs (Konf.): Wir werden bedrückt sein, die Wasserwege auszubauen, die für Erhebung und Aufhebung unseres wirtschaftlichen Lebens erforderlich sind. ...

Abg. Wappler (F. Konf.): Die Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen können nur zu Freiherz v. Waldhofs (Konf.): Wir werden bedrückt sein, die Wasserwege auszubauen, die für Erhebung und Aufhebung unseres wirtschaftlichen Lebens erforderlich sind. ...

Abg. Wappler (F. Konf.): Die Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen können nur zu Freiherz v. Waldhofs (Konf.): Wir werden bedrückt sein, die Wasserwege auszubauen, die für Erhebung und Aufhebung unseres wirtschaftlichen Lebens erforderlich sind. ...

Abg. Wappler (F. Konf.): Die Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen können nur zu Freiherz v. Waldhofs (Konf.): Wir werden bedrückt sein, die Wasserwege auszubauen, die für Erhebung und Aufhebung unseres wirtschaftlichen Lebens erforderlich sind. ...

das Geheiß leichter. Und doch sollte gerade die Frühlingsskizzen, das Frühlingsklima nur die Umänderung der Luft zu Ursache sein, nämlich die allgemein, wenn auch langsam, doch dieser eintretenden Wärme. Wärme verdrängt das Blut durch größere Differenzierung, wie man bei Sommerhitze wahrnimmt. ...

Aus Provinz und Reich

Der Tod im Gerichtssaal. Zeitz, 18. März. Vom Tode überrascht wurde, als er einer Gerichtsverhandlung im hiesigen Schöffengericht als Zeuge beizuhelfen, Herr Paul Wegrich aus Heudamme. ...

Ungeklärter Mord. Eisenach, 18. März. Am Morgen des 19. August wurde der Schloffer Ernst aus Nüßla im Wirtshaus der Stadt erschossen aufgefunden. ...

Freude Diebe. Weißenfels, 18. März. In das Schloß des Grafen in Durlau brachen nachts Diebe ein, schloßen ein ein Paar schweres Schloß und ein Schloß an Ort und Stelle, nahmen das Vieh mit und ließen nur die Köpfe und Eingeweide liegen. ...

Gefahr Mörder. Gelle, 18. März. Bei der Festnahme des polnischen Arbeiters Johann Schmidt, der am 1. März den Gemeindevorsteher Köhner aus Steinforde erschossen hatte, gab der Verbrecher auf den einen verurteilten Polizei-Organen Bachmawski zwei Schiffe ab, von denen der zweite den Beamten löste. ...

Das Feldheer braucht dringend Hafer, Heu und Stroh! Landwirte helft dem Heere!

Gerichtszeitung

Schwere Urkundenfälschung und verächtlicher Betrug. waren die Anklagepunkte, mit denen sich die Geschworenen in Leipzig, und zwar in den Verhandlungen gegen den 52jährigen Maurer Hermann Richter aus Markkleeberg, jetzt in Leipzig, zu beschäftigen hatten. ...

Unter der Anklage der Kindesentziehung

hatte sich in der Sitzung des Leipziger Schwurgerichts die 22jährige Dienstmagd Ella Schönbach gegen ihren Herrn verantworten. Die Angeklagte dienle auf dem Alterquartier Colln und gab dort am 1. Januar d. J. ein Kind des Herrn; das Neugeborene hatte sie dann unter das Deckbett gesteckt und es dort solange liegen lassen, bis es erstickt war. ...

Zwei möblierte Zimmer

Zu mieten gesucht

Herrschastliche 6-7 Zimmer-Wohnung

1 Mh. vor dem Garten

1 oder 2 gut möblierte Zimmer

1 oder 2 gut möblierte Zimmer

1 oder 2 gut möblierte Zimmer

1 oder 2 gut möblierte Zimmer

1 oder 2 gut möblierte Zimmer

1 oder 2 gut möblierte Zimmer

1 oder 2 gut möblierte Zimmer

1 oder 2 gut möblierte Zimmer

1 oder 2 gut möblierte Zimmer

1 oder 2 gut möblierte Zimmer

Bekanntmachung. Der Landwirt Gustav Kiese in Zeitz ist zum Distriktsrat für die Gemeinde Zeitz auf die Dauer von 3 Jahren wieder gewählt, und von mir bekräftigt worden. ...

Bekanntmachung. Der Franz Mehlgarten in Kößlitz ist zum 2. Schöppen für die Gemeinde Kößlitz auf die Dauer von 3 Jahren wiedergewählt, und von mir bekräftigt worden. ...

Bekanntmachung. Der zum Ausschussmitglied für den Amtsbezirk Drennberg angenommene pensionierte Volksschullehrer Fikler in Reudersberg ist von mir bekräftigt worden. ...

Bekanntmachung. Der zum Ausschussmitglied für den Amtsbezirk Drennberg angenommene pensionierte Volksschullehrer Fikler in Reudersberg ist von mir bekräftigt worden. ...

Bekanntmachung. Der zum Ausschussmitglied für den Amtsbezirk Drennberg angenommene pensionierte Volksschullehrer Fikler in Reudersberg ist von mir bekräftigt worden. ...

Bekanntmachung. Der zum Ausschussmitglied für den Amtsbezirk Drennberg angenommene pensionierte Volksschullehrer Fikler in Reudersberg ist von mir bekräftigt worden. ...

Bekanntmachung. Wegen des monatlichen Kassenausschlusses bleibt unsere Räumerei- und Steuerkasse Freitag, den 22. März 1918 für den öffentlichen Verkehr geschlossen. ...

Bekanntmachung. Wegen des monatlichen Kassenausschlusses bleibt unsere Räumerei- und Steuerkasse Freitag, den 22. März 1918 für den öffentlichen Verkehr geschlossen. ...

Bekanntmachung. Wegen des monatlichen Kassenausschlusses bleibt unsere Räumerei- und Steuerkasse Freitag, den 22. März 1918 für den öffentlichen Verkehr geschlossen. ...

Bekanntmachung. Wegen des monatlichen Kassenausschlusses bleibt unsere Räumerei- und Steuerkasse Freitag, den 22. März 1918 für den öffentlichen Verkehr geschlossen. ...

Bekanntmachung. Wegen des monatlichen Kassenausschlusses bleibt unsere Räumerei- und Steuerkasse Freitag, den 22. März 1918 für den öffentlichen Verkehr geschlossen. ...

Bekanntmachung. Wegen des monatlichen Kassenausschlusses bleibt unsere Räumerei- und Steuerkasse Freitag, den 22. März 1918 für den öffentlichen Verkehr geschlossen. ...

Bekanntmachung. Wegen des monatlichen Kassenausschlusses bleibt unsere Räumerei- und Steuerkasse Freitag, den 22. März 1918 für den öffentlichen Verkehr geschlossen. ...

Bekanntmachung. Wegen des monatlichen Kassenausschlusses bleibt unsere Räumerei- und Steuerkasse Freitag, den 22. März 1918 für den öffentlichen Verkehr geschlossen. ...

Bekanntmachung. Wegen des monatlichen Kassenausschlusses bleibt unsere Räumerei- und Steuerkasse Freitag, den 22. März 1918 für den öffentlichen Verkehr geschlossen. ...

Bekanntmachung. Wegen des monatlichen Kassenausschlusses bleibt unsere Räumerei- und Steuerkasse Freitag, den 22. März 1918 für den öffentlichen Verkehr geschlossen. ...

Bekanntmachung. Wegen des monatlichen Kassenausschlusses bleibt unsere Räumerei- und Steuerkasse Freitag, den 22. März 1918 für den öffentlichen Verkehr geschlossen. ...

Bekanntmachung. Wegen des monatlichen Kassenausschlusses bleibt unsere Räumerei- und Steuerkasse Freitag, den 22. März 1918 für den öffentlichen Verkehr geschlossen. ...